

Anmaßend

Zum Thema „Zustände in der JVA Heilbronn“ und zum Leserbrief von Eva Germann.

Die Meinung von Frau Germann kann man so nicht stehen lassen. Für jemanden, der sich mit dem Justizvollzug und der JVA Heilbronn nicht auskennt, ist es sehr anmaßend, wenn man so über eine Behörde und ihren Leiter denkt. Erst durch Hinweise und Anzeige des Anstaltsleiters war es der Polizei möglich, den Drogenschmuggel auffliegen zu lassen. Wenn man sich so negativ über Beamten äußert, dann sollte man auch wissen, dass hoheitsrechtliche Aufgaben oftmals nur von Beamten ausgeführt werden dürfen. Außerdem sind etwa 85 Prozent der Bediensteten im Justizvollzug im mittleren Dienst, ganz entgegen dem Landtrend. Da sind rund 85 Prozent im gehobenen und höheren Dienst. Einen ganzen Berufsstand als korrupt zu bezeichnen, da bleibt mir nur die Sprache weg. Der überwie-

gende Teil der Bediensteten macht einen tollen Job und dies bei widrigsten Bedingungen.

Thomas Stuntz, Vorsitzender Bund der Strafvollzugsbediensteten, Ortsverband Heilbronn

Deplatziert

Frau Germann, Ihre Polemik hilft nicht. Ihre faktenlose Vermutungen („offensichtlich, scheinbar“) tragen zu keiner Sachlichkeit bei. Sie schreiben vom größten Drogenumschlagplatzplatz. Ein Superlativ bedarf einer Referenzgröße. Also: Der größte wo? In Heilbronn, Baden-Württemberg, Deutschland? Ein Blick in die PKS hätte hier weitergeholfen. Dies ist übrigens kein spezifisches Problem in Heilbronn. In den meisten JVA (und nicht nur in Deutschland) ist dieser Deliktsbereich zu verzeichnen. Sie schreiben von Korruption an allen Ecken. Wo genau? Sicher hat Deutschland im Länderranking Luft nach oben. Aber es ist eher Ihre undifferenzierte Aussage,

die deplatziert ist. Deutschland hat viele Sicherungsmaßnahmen gegen Korruption errichtet (Vier-Säulen-Modell, Ombudsmänner, NGOs wie Transparency International). Ihre letzte Frage lässt eine Lücke im Wissen um den Aufbau eines funktionierenden Rechtsstaates erkennen. Aber ja: Privatisierung nur dort, wo keine hoheitliche Aufgabe tangiert ist.

Peter Fink, Schwaigern

Fakten geschaffen

Zum Thema „B27-Anschluss fällt viel Natur zum Opfer“:

Freie Fahrt für den Schwarz Campus auf der Oberen Fundel. Die Weichenstellung für das gigantische Straßenbau- und Betonvorhaben ist erfolgt. Verwaltung und Gemeinderat haben entschieden. Die Frage darf erlaubt sein: Hat das kommunalpolitische Gremium seine Entscheidungsbefugnis an den Konzern abgetreten? Bodenschutz ist Umwelt- und Klimaschutz. Dieser wird im Gemeinderat unter Be-



Verdacht auf Doping- und Betäubungsmittelhandel: In der Justizvollzugsanstalt Heilbronn fanden Durchsuchungen statt.

Foto: Archiv/Seidel

ton begraben. Eine Vielzahl von Stütz- und Brückenbauwerken werden das neue Leuchtturmprojekt für den Landkreis. Den vierspurigen Ausbau der B27 will man unbedingt erreichen. Das Motto lautet: Wir schaffen mit Maßnahmen Fakten, hinter denen der Bund dann nicht mehr zurückstehen kann. Es wird in geschützte Biotope eingegriffen und Rebflächen mit

Trockenmauern fallen weg. Die Ausgleichsmaßnahmen sollen es richten. Ein solcher Eingriff kann nicht ausgeglichen werden und Flächen dafür werden Mangelware. Deshalb muss eine Maßnahme auch in 500 Meter Entfernung erfolgen – ohne Biotopverbundwirkung zur Oberen Fundel.
Horst Schulz, Bad Friedrichshall

Unverständlich

Den Leserbriefen vom 22. Oktober zu diesem Thema stimme ich in vollem Umfang zu. Es zählt wieder einmal nur die Macht des Geldes. Klima-, Natur-, Tier- und Landschaftsschutz werden mit den Füßen getreten, obwohl der Klimawandel heute schon Katastrophen auslöst, das Artensterben bedenkliche Ausmaße annimmt und wir am Verkehr ersticken. Die Planungen ziehen die viel proklamierte Verkehrswende ins Lächerliche. Auch wenn Ausgleichsmaßnahmen für die Eingriffe in Natur und Landschaft vorgesehen werden, werden zusätzliche Flächen versiegelt, die der Natur unweigerlich verloren gehen. In den Vorschriften ist als Genehmigungsvoraussetzung geregelt, dass die Erschließung für ein Vorhaben gesichert sein muss. Ich verstehe nicht, wie der Campus genehmigt werden konnte, wenn die Verkehrsanbindung solch Probleme bereitet.
Eberhard Denz, Neckarsulm

Ressourcen verschwendet

Zur Klimakrise

„Viele Signale widersprechen sich“, so der Psychologe Ralph Hertwig auf der Titelseite der *Stimme*. Wie treffend! Es bedarf schon einer gehörigen Portion Verdrängung, um den Widerspruch auszuhalten, liest man sowohl den Artikel „Druck zum Handeln in Klimakrise wächst“ von Valerie Blass als auch den Kommentar „Geschwindigkeit“ von Tanja Ochs direkt daneben, der ein überschwängliches Loblied auf den Schwarz-Konzern anstimmt. Nichts gegen engagiertes Unternehmertum und Innovationsstreben. Aber müssen denn alle wertvollen Äcker in unserer Region zugebaut und immer mehr Flächen versiegelt werden, wenn zugleich anderswo Industrieflächen brach liegen, Häuser und Wohnungen leer stehen? Welch eine Verschwendung von lebenswichtigen Ressourcen! So darf es nicht weitergehen! Immer noch mehr Wohlstand schützt uns nicht vor Überflutungen, Hitze und Dürre!
Dr. Stefan Müller, Neckarsulm

700 Prozent Anstieg

Zur Grundsteuer/Leserbrief

Angeregt durch den Leserbrief, „Für viele kaum zu stemmen“, habe ich (Rentner) mal meine Grundsteuer B, die ich 2025 für mein 863 Quadratmeter großes Grundstück mit einem 39 Jahre alten Haus und mit einem Naturgartenanteil (unbebaubar!) zahlen soll, ausrechnen lassen. Die aktuelle jährliche Grundsteuer ist 209,89 Euro. Der Bodenrichtwert ist 480

Euro und die Steuer-Messzahl 1,3 Promille (BW-spezifisch) abzüglich 30 Prozent (EFH)= 0,91 Promille. Berechnung mit dem Hebesatz Obersulm = 1410 Euro! Also zahle ich fast 700 Prozent mehr als bisher. Und so geht es vielen Besitzern von Einfamilienhäusern, die nichts dafür können, dass der Bodenrichtwert so eingestuft wurde und die nichts davon haben wenn der Bodenpreis so stark gestiegen ist. Es hieß ja immer, dass manche „etwas mehr“ zahlen müssen oder die Steuer-Belastung ungefähr so bleibt wie sie jetzt ist. Den Kommunen wurde es vom Bund auch so angeraten. Herr Klein hat recht, das ist eine „kalte Enteignung“.
Eberhard Scholl, Obersulm

Gut und böse

Zur Energiepolitik

Grundsätzlich wäre etwas Literaturkenntnis auch für Politiker richtig hilfreich. J.R.R. Tolkien hat mit dem Fantasy-Roman „Herr der Ringe“ bereits während des Zweiten Weltkriegs eine Welt aufgebaut, die den Kampf zwischen Gut und Böse sehr drastisch und realistisch beschreibt. Dies Darstellung passt grundsätzlich überall. Insbesondere ist es die Vorzeit mit ihren Bedrohungen in den Randländern von „Mordor“, dem Land des Bösen schlechthin, die passgenau auch die derzeitige Weltbedrohung spiegeln könnte. Es geht auf ein Endspiel zu – ob man es will oder nicht. Genau hier muss man spätestens aus der Fantasie in die Realität schalten. Die Angriffe nähern sich, wir haben uns einschläfern lassen. Auch unsere Industrie muss be-



Die gestiegenen Kosten für Energie bereiten den Deutschen nach wie vor große Sorgen. Viele Leser üben in ihren Zuschriften massive Kritik am Umgang der Bundes- und Landesregierung mit der Krise.
Foto: dpa

greifen, dass dieser Energiehunger zu Ende sein muss! Er ist unsere Achillesferse, und die Politik hat sie ungeschützt gelassen. Keine Energie – kein Stahl – keine Waffen zur Verteidigung, kein Düngemittel – weniger Essen.

Winfried Dunz, Ilsfeld

Zukunftsgerichtet

Zu Windkraft

Es reicht nicht eine ambitionierte Zielvorstellung von Windrädern in den Raum zu stellen wenn in 2021 nicht einmal fünf neue Windräder in Betrieb gingen. Es reicht nicht, entsprechend der Denkweise der Grünen, populistisch auf Schleusenausbau zu drängen,

wenn Schiffe auf Grund der zunehmenden Trockenheit nicht einmal mehr 30 Prozent laden können, auf Grund der Niedrigwasserstände. Es ist nicht damit getan, klimaschonende Verkehrsinfrastrukturen einzufordern! Vielmehr müssen machbare, klimaschonende Sofortmaßnahmen beschlossen und auch gemacht werden. Dazu gehören, Photovoltaik auf alle öffentlichen Gebäude, die Abschaffung von mehr als 80 Prozent an Vorschriften für den Bau eines Windrades. Forschungsgelder bereitstellen für den Zukunftsträger Wasserstoff! Wenn wir Klimaschutz wollen, brauchen wir Köpfe an vorderster Front, die wissen was getan werden muss um in

die Zukunft gerichtete Ziele auch realisieren zu können.

Martin Vollmer, Jagsthausen

Autarke Versorgung

Zur Angst vor einem Blackout

Photovoltaik-Anlagen boomen, auch wegen der steigenden Strompreise. Ein weiterer Vorteil wird oft übersehen: Die Notversorgung mit Strom auch bei einem Blackout, also dem Ausfall der Stromversorgung. Bei einer üblichen Installation schaltet die PV-Anlage automatisch bei einem Stromausfall ab. Wird die PV-Anlage vom Netz getrennt, so läuft sie im Inselbetrieb und kann das Haus autark mit Strom versorgen, je nach Sonnen-

einstrahlung und vorhandener Batteriekapazität. So ein Trennschalter kann bei jeder PV-Anlage nachgerüstet werden. Günstiger ist es, dies gleich von Anfang an vorzusehen. Technisch kein Problem wäre auch die Nutzung der Batterie des Elektroautos. Leider bietet dieses bidirektionale Laden bisher nur wenige Hersteller an. Würden diese technischen Möglichkeiten mehr genutzt, so könnte damit eine robuste, dezentrale Energieversorgung aufgebaut werden!
Klaus Ries-Müller, Bad Rappenau

Keine Belehrung

Zu Energiespartipps

Ministerpräsident Kretschmann rief die Bürger dazu auf, Energie zu sparen. Seine Empfehlungen kommen nicht bei allen gut an. Wenn Politiker meinen, Einfluss zur Körperpflege nehmen müssen, hat Deutschland unterstes Niveau erreicht. Die Bürger fühlen sich von der Politik wie Kinder behandelt. Glauben denn unsere Politiker wirklich, arme Menschen belehren zu müssen, wie man spart? Die bedürftigen Leute wissen sehr wohl was Einschränkung bedeutet, und das nicht erst seit der Energiekrise und dem Krieg in der Ukraine. Vordringliche Aufgabe der Regierung muss sein, die Existenz der Bürger zu sichern, Bekämpfung der hohen Inflation, Senkung der Lebensmittelpreise, die Deckelung bei Heizung, Miete und Treibstoff. Die in Not geratenen Menschen benötigen dringend Hilfe und Unterstützung. Jedoch keine Waschlappen-Belehrung.
Robert Viel, Pfedelbach